

Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Straßen, Wege und Feuerlöschwesen

am Dienstag, dem **27.10.2015**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 vom 01.07.2015**
- 4. Genehmigung der Niederschrift über die Besichtigungsfahrt vom 14.10.2015**
- 5. Erlass einer Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wege und Plätzen (Sondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: 173/2015**
- 6. Verkehrssituation Brückstraße, Neustadtgödens
Vorlage: 172/2015**
- 7. Antrag von Anwohnern der Gießereistraße auf Durchführung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen
Vorlage: 174/2015**
- 8. Antrag der CDU-Fraktion zum Kreuzungsbereich Hauptstraße/Dollstraße
Vorlage: 175/2015**
- 9. Straßenbaumaßnahmen 2016
Vorlage: 171/2015**
- 10. Aufstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes
Vorlage: 177/2015**
- 11. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Reinhard Oncken als Ausschussvorsitzender
Ratsherr Frank David
Ratsherr Folkert Feeken
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Stephan Lange fehlte unentschuldig
Ratsherr Uwe Wispeler

Vertreter/in

Ratsherr Rainer Galli Vertretung für Ratsherr Andreas Schindler

Zuhörer/in

Beigeordneter Matthias Lührs

Gäste

Dr. Kowalewsky, zu Tagesordnungspunkt 5
Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Verwaltungsfachangestellter Hans-Hermann Tramann
Dipl. Ingenieur Jan Richter
Verwaltungsfachangestellte Claudia Meyer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Oncken, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Einvernehmlich wurde aus gegebenem Anlass die Einwohnerfragestunde dem Punkt 5 zugeordnet. Den anwesenden Landwirten sollte dann die Möglichkeit gegeben werden, sich zu dem Beratungsgegenstand zu

äußern.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 vom 01.07.2015**

Die Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Genehmigung der Niederschrift über die Besichtigungsfahrt vom 14.10.2015**

Die Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Erlass einer Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wege und Plätzen (Sondernutzungsgebührensatzung)**
Vorlage: 173/2015

Von der Verwaltung wurde kurz die vorliegende Sitzungsvorlage erläutert. Die vorliegenden Satzungsentwürfe umfassen alle Formen der Sondernutzung im Sinne des Niedersächsischen Straßengesetzes und gelten insbesondere für Gemeindestraßen einschl. aller öffentlichen Wege und Plätze. Die mit Einführung der Sondernutzungsgebührensatzung einhergehende Gebührenpflicht für das Befahren gewichtsbeschränkter Gemeindestraßen mit schwereren Fahrzeugen als zugelassen betrifft u. a. landwirtschaftliche Betriebe mit dem dazugehörigen Ver- und Entsorgungsverkehr.

Erläuterungen zu Belastungen der Straßen, die durch landwirtschaftliche Fahrzeuge mit neuerer Technik reduziert werden, gab Herr Kowalewsky von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in einer Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist und auf die verwiesen wird.

Bereits in Vorgesprächen mit den Vertretern des Kreislandvolkverbandes sowie mit den örtlichen Landwirten wurde deutlich, dass ein nicht unerheblicher finanzieller Betrag auf einzelne landwirtschaftliche Betriebe entfallen würde. Bereits dort gab es keine Akzeptanz.

In der anschließenden Diskussion ergab sich ebenfalls kein gemeinsamer Konsens mit den anwesenden Ausschussmitgliedern. Auch die während der Beratung anwesenden Landwirte konnten den Vorschlägen der Verwaltung keine Zustimmung erteilen. Der Entwurf der Sondergebührensatzung wurde durchweg abgelehnt.

Ein Ausschussmitglied beantragte daher, über den Entwurf der Sondergebührensatzung in den Fraktionen neu zu beraten.

Der Bürgermeister wies abschließend noch einmal eindringlich in Richtung der Gruppen und Fraktionen auf die Notwendigkeit hin, die weitere Vorgehensweise in dieser Angelegenheit klar zu definieren.

Fraktionsberatung:

Über den Entwurf der Sondergebührensatzung soll noch einmal in den Fraktionen und Gruppen beraten werden, um eine weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Nach diesem Tagesordnungspunkt, wurde auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden eine kurze Pause von 10 Min. gemacht.

6. Verkehrssituation Brückstraße, Neustadtgödens
Vorlage: 172/2015

Der Bürgermeister erläuterte kurz die Situation in der Brückstraße, die im Rahmen der Städtebauförderung Denkmalschutz in den letzten Monaten saniert worden ist. Die Straßenbauarbeiten sind abgeschlossen, die Pflanzung der Straßenbäume steht ebenfalls unmittelbar bevor.

Nunmehr haben sich Anwohner der Brückstraße darüber beschwert, dass Verkehrsteilnehmer sich nicht an die vorgeschriebene

Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h halten und damit auch zu einer Erhöhung des Lärmpegels im Bereich der Aufpflasterungen beitragen. Es wurden daraufhin Viacount-Messungen durch die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Friesland durchgeführt, aus denen, wie in der Vorlage ersichtlich, keine weiteren Verkehrsberuhigungsmaßnahmen für erforderlich gehalten werden, eine Gefahrenlage liegt ebenso nicht vor. Die von den Anwohner angeregte Aufstellung von Tempo 30-Schildern in dem genannten Bereich wird ebenfalls nicht genehmigt.

Die Verwaltung wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es sich bei dem gesamten Ort Neustadtgödens um eine 30 km/h-Begrenzung handelt, eine weitere Tempobegrenzung Innerorts auf z. B. 20 km/h wurde dahingehend abgelehnt.

Der Vorschlag der Verwaltung, die Brückstraße auf eine zulässige Fahrzeugbreite von 2.60 m zu begrenzen, wurde von den Ausschussmitgliedern abgelehnt.

Für jede Anlieferung der sich im Ortskern befindlichen Geschäfte etc. müssten dann Ausnahmegenehmigungen eingeholt werden.

Die Aufstellung von Pflanzkästen als mögliche Lösung im Bereich der

Brücke über das Neustädter Tief soll durch die Verwaltung geprüft werden.

Beschlussvorschlag:

Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise wird gefolgt.
(Für den Bereich der Brückstraße im historischen Ortskern wird eine max. Fahrzeugbreite von 2,60 m – mit Ausnahme von Bussen - vorgeschrieben)

Abstimmungsergebnis: 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

7. **Antrag von Anwohnern der Gießereistraße auf Durchführung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen**
Vorlage: 174/2015

Die Verwaltung erläuterte kurz den Sachverhalt zu den Eingaben der Bewohner der Gießereistraße, wonach auf dieser Straße zu schnell gefahren werde und verkehrsberuhigende Maßnahmen gefordert wurden. Daraufhin wurde vom Straßenverkehrsamt des Landkreises Friesland eine Viacount-Messung mit dem Ergebnis vorgenommen, dass sich neben einer deutlichen Erhöhung des Verkehrsaufkommens auch eine Zunahme der Missachtung der bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h bestätigt hat.

Es sollen nunmehr regelmäßige Blitzaktionen durchgeführt werden. Das Ergebnis dieser Blitzaktionen sowie eine weitere Vorgehensweise sollen dann geprüft werden, bevor eine weitere Beratung im Fachausschuss erfolgen soll.

Beschlussvorschlag:

Eine abschließende Entscheidung über die vorliegende Eingabe der Bewohner der Objekte Gießereistraße 2 – 10 erfolgt nach Vorlage der Ergebnisse durchgeführter Verkehrsüberwachungsmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Antrag der CDU-Fraktion zum Kreuzungsbereich Hauptstraße/Dollstraße**
Vorlage: 175/2015

Den Ausführungen der Verwaltung zufolge soll es, wie in der Vorlage erwähnt, Probleme geben, von der Dollstraße in die Hauptstraße einzubiegen, mit der sich die Verkehrssicherheits-Kommission in einer

Sitzung befasst hat (Protokoll dieser Sitzung ist als Anlage der Vorlage beigefügt worden).

Nach einer erfolgten Knotenpunktzählung ergab sich insofern keine Notwendigkeit einer Signalisierung dieses Kreuzungsbereiches. Weiter wurde in der Sitzung der Verkehrssicherheits-Kommission festgestellt, dass die Rotmarkierung sämtlicher Radwegfurten in den in der Vorlage genannten Einmündungsbereichen zu erneuern ist. Die Gesamtkosten dieser Maßnahmen betragen 3.500,00 €, wobei sich die Gemeinde zur Hälfte an diesen Kosten beteiligen soll.

Abschließend wurde von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die im Beschlussvorschlag genannten Einmündungsbereiche wie folgt zu ändern sind:

...in den Einmündungen Hauptstraße (K294)/Berliner Straße/Falkenweg/Am Markt...

Für die Einmündungsbereiche Dollstraße sowie Nordwest-Krankenhaus liegt die Zuständigkeit beim Landkreis Friesland.

Dem Beschlussvorschlag wird mit dieser Änderung gefolgt.

Beschlussvorschlag:

Die im Einmündungsbereich Hauptstraße (K294)/Dollstraße ermittelte Verkehrssituation erfordert zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiteren verkehrslenkenden bzw. straßenbaulichen Maßnahmen. Einer Kostenbeteiligung der Gemeinde Sande an die Erneuerungsarbeiten der im Bereich der Radwegfurten in den Einmündungen Hauptstraße (K 294)/Berliner Straße/Falkenweg/Am Markt vorhandenen Rotmarkierungen wird zugestimmt. Die Kostenbeteiligung umfasst die Hälfte der Gesamtkosten in Höhe von rd. 3.500,00 €. Es erfolgt eine Finanzierung aus Mitteln der lfd. Straßenunterhaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Straßenbaumaßnahmen 2016

Vorlage: 171/2015

Bau-Ing. Richter erläuterte die in der Vorlage erwähnte Notwendigkeit der Maßnahmen, wobei der Altendeichsweg nunmehr ebenfalls veranschlagt worden ist. Folgende Prioritätenliste wurde dabei von ihm genannt:

1. Berliner Straße, 3. BA

Die höchste Priorität liegt insofern bei dem 3. Bauabschnitt der Berliner Straße, wobei die Straße und der Gehweg noch gebrauchstauglich sind, aber schon erhebliche Mängel aufweisen. Es ist somit eine Sanierung erforderlich, da ansonsten weitere vorübergehende Unterhaltungsmaßnahmen erforderlich werden. Da Fördermittel aus der Dorferneuerung für 2016 z. Zt. noch nicht als endgültig gesichert veranschlagt werden können, sollte diese Straßenbaumaßnahme mit

einem Sperrvermerk versehen werden.

2. Altendeichsweg, 2. BA

Weiter wurde der Altendeichsweg in die Prioritätenliste der für 2016 geplanten Straßenbaumaßnahmen mit aufgenommen. Die Straße zeigt erhebliche Mängel. Längsrisse bis 4 cm sind dabei festzustellen, ebenso wie starke Versackungen im Spurbereich. Es ist daher eine Grundsanie rung erforderlich, die einen Investitionsaufwand von rd. 200.000,00 € erforderlich macht. Eine Veranschlagung war in Höhe von 120.000,00 € im Haushaltsjahr 2016 erfolgt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit jedoch sollte der Investitionsaufwand erhöht werden.

Die Verwaltung wird dabei prüfen, ob hierfür Zuschüsse erreicht werden können.

3. Sielweg

Als dritte Maßnahme wurde hier der Sielweg gesehen, wobei die Veranschlagung bisher noch nicht vorgesehen war. Es wurde festgestellt, dass die Entwässerung der Straße neu konzipiert und hergestellt werden muss. Die Veranschlagung sollte daher ebenfalls im Haushaltsjahr 2016 erfolgen.

Alle drei Vorschläge sind daher auf Vorschlag der Verwaltung bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen.

10. Aufstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes Vorlage: 177/2015

Von der Verwaltung wurde Bezug genommen auf die Sitzung des Fachausschusses am 01.07.2015, in der die wesentlichen Elemente eines Feuerwehrbedarfsplanes dargestellt worden sind. Es bestand seinerzeit Einvernehmen darüber, dass die Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes für die zukünftige Planung in Feuerwehrangelegenheiten als wertvolles Hilfsmittel für die zuständigen Gremien, für die Verwaltung sowie für die Feuerwehr gilt. Voraussetzung dafür ist allerdings die Gewährleistung der regelmäßigen Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes

Im Ergebnis war einvernehmlich festzustellen, dass die Erstellung des Feuerwehrbedarfsplanes durch ein externes Fachunternehmen erfolgen sollte. Ein Gespräch mit Herrn Lutter, Leiter der Berufsfeuerwehr Wilhelmshaven, hat ergeben, dass er ebenso eine externe Erstellung vorschlagen würde.

Im Ausschuss bestand insofern Übereinstimmung, der Vorgehensweise

der Verwaltung zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Mit der Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes wird ein externer Anbieter beauftragt. Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Angebote entsprechender Anbieter einzuholen. Die erforderliche Mittelbereitstellung ist bei der Haushaltsplanaufstellung 2016 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Bürgermeister Eiklenborg wies darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 6 - Verkehrssituation Brückstraße, Neustadtgödens, der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt worden war und es nunmehr keinen Handlungsbedarf der Verwaltung gibt.
Im Ausschuss bestand danach jedoch Übereinstimmung, dass die Verwaltung weitere Lösungsmöglichkeiten mit der Straßenverkehrsbehörde sowie der Polizei in weiteren Gesprächen erörtern soll.
- b) Der Bürgermeister gab zur Kenntnis, dass nach erfolgter Aufreinigung des Neustädter Tief durch die Gemeinde Sande die Unterhaltungspflicht wieder auf die Sielacht übertragen wurde.
- c) Ein Ausschussmitglied fragte nach, inwieweit die Möglichkeit besteht, dass auch Ratsmitglieder bzw. Fraktions- und Ausschussvorsitzende an Sitzungen der Verkehrssicherheits-Kommissionen teilnehmen können. Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen.
- d) Von einem Ausschussmitglied wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund von eingeschränkten Sichtverhältnissen in Einmündungen u. a. hervorgerufen durch Bepflanzungen der Pflanzbeete in Höhe des Objektes Carls bzw. des im Bereich der Raiffeisen-Tankstelle befindlichen Werbeschildes der Küchengalerie gegeben ist.

Es wurde allgemein auf die Verkehrssicherheit auch auf Fußwegen hingewiesen. Die Zuständigkeit liegt hierbei allerdings bei der Polizei, z. B. Fahren ohne Licht, Radfahrkontrollen, sowie beim Landkreis Friesland.

- e) Zum vermehrten Befahren der Gießereistraße wurde im Ausschuss auf die schlechten Zustände der Bahnübergänge in Höhe Altenhof

in Richtung Sande hingewiesen. Die Bahnübergänge würden
insofern umfahren werden.

Schluss der Sitzung: 19:30 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin